

Wallerfangen-Seminar

Moderne Ökonomie spannend gemacht

Erfrischende Erkenntnisse der Neuen Institutionenökonomik

Die moderne Nationalökonomie befasst sich grundsätzlich mit dem menschlichen Verhalten und den dabei geltenden allgemeinen Zusammenhängen. So wird gemäss dem Nachfragegesetz immer dann weniger konsumiert, wenn der Preis für ein Gut oder eine Tätigkeit steigt. Ebenso lässt sich das dem internationalen Handel zugrundeliegende Gesetz der Spezialisierungsvorteile auf andere Bereiche anwenden. Die «Neue Institutionenökonomie» berücksichtigt nun darüber hinaus, wie *Regeln*, *Entscheidungssysteme* und *Organisationen* den Wirtschaftsablauf beeinflussen. Im Zentrum der Analyse steht die Rolle der *Eigentumsrechte*. Nicht zuletzt die Entwicklungen in den ehemaligen kommunistischen Planwirtschaften zeigen deutlich, wie wichtig eine eindeutige Definition und Durchsetzung von Eigentumsrechten ist.

Entstehung von Landrechten im Amazonas

Bereits seit zwölf Jahren findet jährlich im Saarland eine Konferenz zu diesem Thema statt. Damit wurde für Europa Neuland betreten. Die dabei teilnehmenden Wissenschaftler stellen eine gute Mischung von Amerikanern und Europäern dar. Regelmässige Teilnehmer sind und waren etwa die Nobelpreisträger *James Buchanan*, *Ronald Coase*, *Douglass North*, aber auch *Oliver Williamson*. «Spiritus rector» dieser Tagungen ist *Rudolf Richter*, der das diesjährige Symposium zusammen mit den Professoren *Ekkehard Schlicht* (Universität München) und *Eirik Furubotn* (Universität Texas, Universität des Saarlandes) organisierte. Wie in jedem Jahr fand auch in diesem Sommer eine intensive Auseinandersetzung zwischen Ökonomen, Juristen und Soziologen über die Grenzen ihrer Fachgebiete hinweg statt. Die Neue Institutionenökonomik betrachtet auch, unter welchen Bedingungen Institutionen entstehen. So gingen u. a. *Alston* (Illinois) und *Lilecap* (Arizona) der Frage empirisch nach, wie sich Landrechte im *brasilianischen Amazonas* herausbilden. Solange der Boden billig ist, wird das Land einfach von Siedlern besetzt. Steigt der Bodenwert, versuchen sie, staatlich gesicherte Bodentitel zu erwerben. Eine solche Aktivität kann äusserst lohnend sein. Eine Gruppe von Kolonisten hat z. B. rund 120 \$ dafür aufgewendet, der

Landwert hingegen ist aber dadurch um 10 800 \$ gestiegen.

Die erwähnten Themen stellen nur einen kleinen Ausschnitt aus den diskutierten Fragen dar. Die Fruchtbarkeit der Institutionenökonomie und das Potential interdisziplinärer Forschung wird aber daran ersichtlich. Die vorbildliche Organisation der Konferenz trägt wesentlich dazu bei: Die Papiere sind vorher zu lesen und werden an der Tagung kurz zusammengefasst. Grösstes Gewicht kommt überdies der *intensiven Diskussion* zu, wobei für kurze und prägnante Wortmeldungen gesorgt wird. Die Auseinandersetzung zwischen den verschiedenen Ansichten und Positionen erwies sich deshalb als lebhaft und lebendig. Die Konferenz über Neue Institutionenökonomik zeichnet sich somit durch eine ungewöhnliche und fruchtbare Art *des Gesprächs* unter Wissenschaftlern aus. Dies ist teilweise auf die Qualität der eingeladenen Wissenschaftler zurückzuführen, liegt aber vor allem auch in der bewusst angestrebten Problemorientierung begründet.

Verträge bei unvollständiger Information

Ein zugleich Ökonomen wie auch Juristen angeheimes Problem stellt die ungleich verteilte Information auf Konsumgütermärkten dar. *Schwartz* (Yale Law School) befasste sich mit den über die Sicherheitseigenschaften einer Ware typischerweise nur ungenügend informierten Verbrauchern. Verträge sind demnach notwendigerweise unvollständig, weil Unfallopfer einerseits den entstandenen Schmerz gerne übertreiben. Andererseits stellt eine vollständige Haftung der Produzenten ebenfalls keine sinnvolle Lösung dar; sorgfältige Konsumenten würden mit zu teuren Autos und überflüssigen Sicherheitsvorkehrungen belastet. Häufig greift der Staat deshalb bei unvollständigen Verträgen ein. Gemäss *Schanze* (Universität Oldenburg) sind jedoch in vielen Fällen private Vereinbarungen zwischen den Beteiligten besser. Gleichzeitig lassen sich damit allzu intensive staatliche Regulierungen umgehen. Dennoch versuchen staatliche Entscheidungsträger mit immer weitergehenden Vorschriften, diese Schlupflöcher zu schliessen, was schliesslich zur Überregulierung führen kann.

Prof. Dr. Bruno S. Frey (Universität Zürich)